

18. Wahlperiode

Der Vorsitzende
des Ausschusses für Inneres, Sicherheit und
Ordnung

mehrheitlich – mit SPD, CDU, LINKE und GRÜNE gegen FDP bei Enthaltung AfD
--

An Plen

Beschlussempfehlung

des Ausschusses für Inneres, Sicherheit und
Ordnung
vom 8. Januar 2018

zum

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/0648
**Fehlentwicklungen an der Polizeiakademie
korrigieren**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Antrag – Drucksache 18/0648 – wird in folgender Fassung angenommen.

„Der Senat wird aufgefordert, nach Ende des ersten Semesters eine externe Beauftragte oder einen externen Beauftragten einzusetzen

1. zur Evaluation der Ausbildung der Polizeianwärterinnen und Polizeianwärter an der Berliner Polizeiakademie, insbesondere zu den Fragen,
 - a. ob die Polizeiakademie in ausreichender Zahl mit allgemeinbildenden Lehrkräften und Polizeifachlehrern ausgestattet ist,
 - b. ob ausreichende Kompetenzen in deutscher Sprache, Geschichte, politischer Bildung, Staats- und Verfassungsrecht und Ethik vermittelt werden,
 - c. ob eine ausreichende Befassung mit Nahostkonflikt, Islamismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus erfolgt,
 - d. ob Verhaltenstraining und Formalausbildung in ausreichendem Maße stattfinden und mögliche Disziplinlosigkeiten in geeigneter Weise begegnet werden,
 - e. ob auf Fehler und Kritik in geeigneter Weise reagiert wird;

2. zur Überprüfung der Einstellungspraxis der Berliner Polizei daraufhin, ob sie im Hinblick auf Eignung und Verfassungstreue die erforderlichen Kriterien und Verfahren vorsieht.

Der oder die Beauftragte arbeitet unabhängig und weisungsfrei, erhält uneingeschränkte Akteneinsicht, uneingeschränktes Zugangsrecht zur Polizeiakademie und allen anderen Stellen, die die Erfüllung seines Auftrages betreffen, sowie das Recht, alle Beteiligten vertraulich zu befragen, und hat dem Innenausschuss des Abgeordnetenhauses von Berlin bis zum 30.06.2018 einen Zwischenbericht und bis zum 30.09.2018 einen Schlussbericht vorzustellen und zu erläutern.

Dem Abgeordnetenhaus von Berlin ist bis zum 31.03.2018 über die ‚Einsetzung der oder des Beauftragten zu berichten‘.“

Berlin, den 11. Januar 2018

Der Vorsitzende
des Ausschusses für Inneres, Sicherheit und
Ordnung

Peter Trapp